

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 42 + 33, Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4** Berlin, 15. Oktober 1932

## Die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise

F. Baltrusch auf dem Düsseldorf-Gewerkschaftskongress

Die Grundursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise werden immer wieder verwischt durch die unsozialen Zweckbehauptungen der Unternehmer, und seit Juni d. J. auch durch die Verlautbarungen der Reichsregierung. Die ungeheure Weltwirtschaftskrise ist in der Hauptsache durch die Kriegsz- und Nachkriegsfolgen entstanden. In Deutschland ist die Hälfte des Kapitals durch den Krieg vernichtet worden. Die ungeheuerlichen Eingriffe unserer Kriegsgegner in die deutsche Kapitalwirtschaft durch die Wegnahme von über 40 Milliarden Goldmark an sogenannten „Reparationen“ mußten weitere katastrophale Wirkungen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringen. Die Neustaaten der Nachkriegszeit haben sich bemüht, eigene Industrien aufzubauen. Der Export deutscher Waren wurde des Weiteren erschwert durch Zollpolitische Maßnahmen der ehemaligen Kriegsgegner; die überseeischen Abnehmer hatten sich teils eigene Industrien geschaffen, teils andere Handelsverbindungen eingegangen. Die Rationalisierung schuf mit weniger Menschen mehr Ware. Zur außenpolitischen Einengung des Absatzes kam die innenpolitische Schwächung des Konsums.

Die Gewerkschaften konnten bis zum Beginn der aufsteigenden Wirtschaftskrise den Lohn einigermaßen den Bedürfnissen angleichen. Seit dieser Zeit stehen sie in einem unablässigen Kampf, um den radikalen Lohnminderungsbestrebungen zu begegnen. Die Maßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnungen vom 4. und 5. September arbeiten den Bestrebungen der Unternehmer in die Hand. Durch diese Notverordnungen wird einzelnen Betrieben die Abdingbarkeit der Löhne in einem gewissen Maße ermöglicht, die Unternehmer werden stärker als je zuvor in die gegenseitige Konkurrenz auf Kosten der Arbeiterlöhne hineingedrängt. Von der Seite des Konsums gesehen, führen solche Maßnahmen zu einer weiteren Kaufkraftschwächung und damit zu neuer Arbeitslosigkeit. Die Zollerhöhungs- und Kontingentspolitik der Reichsregierung schafft die Gefahr, daß die Preise der lebensnotwendigen Bedarfsartikel anziehen. Zu gleicher Zeit stehen Löhne und Renten auf einem Minimum, weit über die Hälfte der Einkommensteuerpflichtigen haben ein Jahreseinkommen unter 1500 Mark. Der Ertrag der Wirtschaftstätigkeit ist zu ungleich verteilt. Ein zu großer Teil fließt den besitzenden Schichten, ein zu kleiner Teil der Arbeiterschaft zu. Dadurch ergibt sich ein Unterverbrauch für die Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens. Die Gleichgewichtstörung zwischen Produktionsfähigkeit der Wirtschaft und der Abnahmekraft der Menschen ist damit gegeben.

Die Grundbedingung des kapitalistischen Wirtschaftssystems soll der freie Wettbewerb sein. Demgegenüber hält man durch Kartelle und monopolistische Unternehmensformen die Preise hoch, auch Hochschutzzölle verstärken diese Wirkung. Eine aufsteigende und länger andauernde Wirtschaftsbewegung wird damit verhindert und damit auch die Wiederbeschäftigung der heute Arbeitslosen.

Die Wirtschaftsstände in Deutschland denken heute zu sehr in Ausschließlichkeiten. Eine Richtung stellt alles auf Export ab und vergißt dabei, daß einem hemmungslosen Export durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen seitens des Auslandes entgegengewirkt werden kann. Eine andere Richtung vertritt unter dem Wort „Autarkie“ den Gedanken, daß die deutsche Volkswirtschaft sich selbst genügen müsse, und alle ausländischen Waren durch hohe Zölle oder Einfuhrverbote zurückgehalten werden müßten. Träger des letzten Gedankens ist die deutsche Landwirtschaft. Befürworter des Exports übersehen, daß doch noch weite Kreise unseres Volkes nicht von der Industrie

allein ernährt werden können und daß somit eine einseitige Festlegung auf ausgesprochene Ausfuhrwirtschaft nicht möglich ist. Die andere Richtung überieht noch viel mehr, daß Deutschland stark industriegebunden ist, daß es eine Reihe von notwendigen Rohstoffen vom Ausland beziehen muß und daß eine Abriegelung vom Ausland zu Gegenmaßnahmen führen muß, die in Arbeitslosigkeit und Hunger der Industriebesiedlung endet. Durch Pflege des berufsständischen Gedankens muß es möglich sein, von Seiten der einzelnen Berufsstände Bedarf und Verbrauch der Wirtschaft zu übersehen und auf eine vernünftige Wirtschaftsplanung hinzuwirken. Hierbei muß das allgemeine Interesse dem Privatinteresse vorangehen. In der Natur dieser Entwicklung wird es liegen, daß die monopolistischen Unternehmungen, insbesondere diejenigen, die Naturkräfte auswerten, in geeigneter Form der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden müssen. Des Weiteren wird es unbedingt erforderlich sein, daß die Genossenschaften der Arbeitnehmer gefördert und selbständig in den Rahmen einer vernünftigen Wirtschaftsplanung eingeordnet werden. Der Staat darf diese Selbsthilfeorganisationen der Arbeitnehmer nicht hemmen, sondern muß sie ebenso wie die Genossenschaften der anderen Berufsstände fördern. Das bedeutet noch durchaus nicht, daß sich der Staat entscheidend in alle Wirtschaftszweige einmischen soll. Es bleibt der Privatwirtschaft noch ein außerordentlich großer Spielraum für eine dem Gesamtwohl förderliche Betätigung.

Die Gewerkschaften können nicht mehr wie vor dreißig Jahren als Außensehende in der deutschen Wirtschaft angesehen werden. Sie sind unentbehrliche Organe in der Volkswirtschaft geworden. Sie auszuhalten, heißt den Wirtschaftsprozess einer unweigerlichen Verwirrung ausliefern. Der Artikel 165 der Reichsverfassung anerkennt die Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft und weist ihnen eine Reihe von Funktionen zu. Es ist zu be-

dauern, daß die deutsche Gesetzgebung über diese allgemeinen Bestimmungen noch nicht hinausgekommen ist und daß der Reichswirtschaftsrat in eine so nachgeordnete Rolle hineingedrängt worden ist. Durch klarumschriebene, sozial ausgelegte, vom Volk bejahte Richtlinien der Organstellung der Gewerkschaften läßt sich manches Mißverständnis beseitigen. Die Gewerkschaften haben die planvolle Betreuung der menschlichen Arbeitskraft durchzuführen. Sie wirken durch ihre verantwortliche Beteiligung in der Arbeitsvermittlung an der Beeinflussung des Arbeitsmarktes mit. Wichtigstes Aufgabengebiet ist die Mitarbeit an der Verteilung des Wirtschaftsertrages durch die Gestaltung der Löhne. Dazu kommt die soziale Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen und damit die Befreiung von Menschen, die nur ihre Arbeitskraft, nicht aber ihre Menschenwürde, zur Verwertung hingeben, aus einem unwürdigen Verhältnis. Die Erziehung und Erhaltung eines angemessenen Reallohnes und damit die Schaffung einer regelmäßigen Kaufkraft ist zudem eine der wesentlichsten Grundlagen für den dauernden Umsatz in der Gesamtwirtschaft. Die schroffen regierungsseitigen Eingriffe in das Lohn- und Tarifwesen schaffen im Gegensatz hierzu nicht nur soziale Verbitterung, sondern sie stören auch das reibungslose Funktionieren der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften sind sich durchaus bewußt, daß bei ihrer Lohnpolitik die Leistung sowohl nach der Güte wie nach der Menge der Arbeit im Mittelpunkt stehen muß. Bedingung der persönlichen Initiative, Mitwirkung an einer guten Berufs- und Allgemeinbildung ist von den christlichen Gewerkschaften stets als eine notwendige Mitaufgabe in ihren Gesamtaufgaben angesehen worden. Damit wächst die gewerkschaftliche Tätigkeit von der ursprünglichen Nothilfe für die lohnarbeitenden Volksschichten über die volkswirtschaftliche Nothilfe am Umlauf der Wirtschaft zur Kulturfunktion im Staat weiter. Im Rahmen der notwendigen wirtschaftlichen Funktionen muß auch die Tätigkeit der Betriebsräte gesehen werden. Wir bemühen uns, dieselben volkswirtschaftlich und sozialpolitisch so zu halten, daß sie von einem breiteren wirtschaftlichen und sozialen Blickfeld aus ihre Aufgaben erfüllen können. Dringend notwendig ist aber, daß auch die anderen Wirtschaftsstände, insbesondere die Unternehmer, in den Betriebsräten nicht den Eckstein des Anstoßes, sondern die notwendige Brücke zum wirtschaftlichen Mitarbeiter sehen.

## Tarifliche Friedenspflicht? Beinstellung gegen die Gewerkschaften?

In mehrfachen Erklärungen hat das Reichsarbeitsministerium bisher schon den Standpunkt vertreten, daß die auf Grund von Mehrbeschäftigung gesenkten Löhne als Tariflöhne im Rahmen der geltenden Tarifverträge anzusehen sind, und daß dementsprechend ein Arbeitskampf gegen die Lohnsenkung eine Durchbrechung der Friedenspflicht bedeute. In einer Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers wird dieser Standpunkt noch einmal ausdrücklich festgelegt. Nach der Verordnung gilt die Erfüllung des Arbeitsvertrages trotz der von dem Arbeitgeber wegen Belegschaftsvermehrung vorgenommenen Lohnermäßigung als dem Tarifvertrag entsprechend, so daß Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei gegen die Durchführung der Verordnung durch die andere Partei oder ein Mitglied dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. In der amtlichen Mitteilung wird bemerkt, daß der Reichsarbeitsminister mit dieser Klarstellung jeden Zweifel über die Rechtsslage ausschließen und unnötige Streitigkeiten oder Prozesse vermeiden will. Die Verordnung soll also offensichtlich Richtlinie sein für die Praxis der Arbeitsgerichte. Sie soll weiter die Gewerkschaften warnen, sich nicht durch Unterstützung von Streiks Schadenersatzklagen auszusetzen.

Die Arbeiterschaft hat sich vielerorts in berechtigter und verständlicher Erbitterung über die weitere unerträgliche Verschlechterung ihrer Lebenslage gegen die Lohnsenkungen auf Grund von Mehrbeschäftigung zur Wehr gesetzt. Die Regierung will die Abwehr der Arbeiterschaft dadurch brechen, daß sie den Gewerkschaften

die Unterstützung ihrer Mitglieder unmöglich macht, indem sie die Gewerkschaften im Falle von Unterstützung eines Streiks mit dem Gewerkschaftsvermögen haftbar macht. Sie wird sich darin täuschen. Der Notstand der Arbeiterschaft ist so unerträglich geworden, daß der Widerstand gegen die reaktionären Bestrebungen der Regierung in der Arbeiterschaft nur wachsen wird.

Im übrigen ist die rechtliche Lage durch diese Notverordnung noch nicht geklärt. Erst ein Verfahren durch alle Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit, also ein Spruch des Reichsarbeitsgerichts, wird die Frage der Rechtmäßigkeit der Verordnung entscheiden können. Namhafte Rechtswissenschaftler halten das Vorgehen der Regierung in der Frage der Lohnsenkung für verfassungswidrig. — Zu klären ist auch die Bedeutung der Bestimmung, daß sowohl die Kampfmaßnahmen einer Tarifpartei als auch eines Mitgliedes dieser Partei als Verletzung des Tarifvertrages gelten. Will man etwa damit jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied treffen? Das wäre allerdings eine Ausdehnung der tariflichen Friedenspflicht, die rechtlich völlig unhaltbar wäre. — Die Rückdatierung der Geltung der Verordnung ist rechtlich widerspruchsvoll. Entweder war bisher die Rechtslage schon geklärt, dann erübrigt sich die Notverordnung, oder aber sie war es nicht, dann ist die Rückdatierung nicht zu rechtfertigen. — In jeder Beziehung stellt die neue Notverordnung eine ungerichte Sonderbehandlung der Arbeiterschaft dar, deren Früchte der Regierung allerdings einmal sehr bitter schmecken könnten.



können aber trotz dieser beachtlichen Gründe nicht wegdisputiert werden und fordern gebieterisch, daß man sich auf sie einstellt. Was später einmal wird, kann man getrost der Zukunft überlassen, eine bessere Zeit wird auch wieder innerorganisatorische Gepflogenheiten heranziehen, die der Kultur und schließlich auch der Bequemlichkeit mehr Rechnung tragen.

Zeiten der Not erfordern eine erhöhte Versammlungstätigkeit. Beschäftigungslosigkeit führt zu Grübeln, die Diskussion an den Stempelstellen ist in der Mehrzahl zu unausgeglichen, um dem Zuhörer die Möglichkeit zu einem soliden Urteil zu geben, die Tagespresse ist teils nicht mehr zu bezahlen, teils auch zu wenig auf die Einzelfragen des Berufes eingestellt. Unsere Versammlungen haben also gerade jetzt eine erhöhte Bedeutung. Wo Fahrtkosten zum entferntesten Versammlungsort eine ausschlaggebende Rolle spielen, wird versucht werden müssen, engere Bezirke in Großstädten für Teilversammlungen zusammenzufassen, in Landgebieten sich auch mit kleineren Versammlungsreisen zu begnügen, wenn von den Nachbarorten ein Besuch nicht zu erwarten ist. Lokalschwierigkeiten wegen der damit verbundenen Fahrtkosten können nicht unüberwindlich sein. Lokalinhaber, die über den Tag hinaus denken, stellen auch einmal einen Raum zur Verfügung, wenn der Verzehr gering ist, oder wenn nach vorheriger Abmachung kein Verbrauch stattfinden soll. Wo geringe Kosten für Licht oder Reinigung anfallen, lassen sich Wege finden, diese aufzubringen. Heizungskosten können in der kalten Jahreszeit eine bestimmte Rolle spielen. Wir haben uns im Notwinter 1923/24 wiederholt geholfen, indem jeder einen kleinen Beitrag stiftete, ja in einzelnen Orten brachten Kollegen Heizmaterial mit. Zindigkeit und eine gewisse Entschlossenheit, auch bestimmte Unbequemlichkeiten oder genierlich erscheinende Maßnahmen anzuwenden, werden in solchen Fällen immer einen Ausweg finden.

Auch die Kassierung der Beiträge und die regelrechte Zustellung des Verbandsorgans muß nach zeitbedingten Methoden betrieben werden. Das Verbandsorgan ist heute in vielen Fällen das einzige „Gedruckte“, was manche Kollegen noch bekommen. In der Zeit kritischer Palaver bildet es den Kompaß, an dem immer wieder eine Orientierung möglich ist. Der Gewerkschaftler hat da dem Unorganisierten gegenüber ein ganz Beträchtliches voraus. Er hat allwöchentlich eine geistige Unterstützung; das besondere Interesse der Frauen und der Jugend soll nicht unerwähnt bleiben. Der pünktliche Eingang der Beiträge ist schon in Zeiten guter Wirtschaftslage eine dringende Notwendigkeit. Es wäre eine falsche Verschämtheit, zu verschweigen, daß die Beiträge in einer Zeit höchster Not noch einen viel höheren inneren Wert haben. Der unbedingt notwendige Verwaltungs- und Informationsapparat, der Apparat zur Vertretung unserer Interessen gegenüber den Arbeitgebern, den Behörden und insbesondere an den Arbeitsgerichten, Arbeitsämtern und Wohlfahrtsbehörden kann ohne gewisse Umrüstungsmittel nicht arbeiten. Wir haben uns daran gewöhnt, in der Zahlung der Arbeitslosenbeiträge eine zwingende Notwendigkeit zu sehen, die es allein ermöglicht, den örtlichen und bezirklichen Verbandsapparat in Gang zu halten. Hierüber nicht zu reden, weil man gegnerischen Organisationen oder gar Arbeitgeberverbänden gegenüber keine Blöße zeigen will, wäre altjüngferliche Prüderie im wirtschaftlichen Sinne. Die Einziehung unserer Beiträge in heutiger Zeit so zu gestalten, daß sie pünktlich ihren Zwecken zugeführt werden, ist also eine wichtige Aufgabe. Der Einzug wird in der Regel durch ehrenamtliche Hauskassierer mit geringer prozentualer Entschädigung, in Ausnahmefällen durch bezahlte Hauskassierer getätigt. Jedes dieser Systeme wird in normalen Zeiten für die örtlichen Bedürfnisse recht gewesen sein. Wenn in Krisenzeiten ein solches System den Bedürfnissen nicht genügt, dann muß resolut nach neueren Wegen Ausschau gehalten werden. Die Kassiererentschädigungen konnten „in guten Zeiten“ und dort, wo die Kollegen nahe beieinander wohnten, schon einmal zu Nebenverdiensten werden, die im Jahresergebnis eine besondere Anschaffung ermöglichten. Heute wird das allgemein nicht mehr möglich sein. Die Mehrzahl unserer Kassierer muß im Gegenteil ihre Arbeit ehrenamtlich machen. Sie tun das aus sozialistischem Standesbewußtsein. Von den Arbeitslosenbeiträgen kann in der Regel nichts, zum mindesten aber nicht viel für die Kassierung und Zeitungsbekämpfung gegeben werden. Eine irgendwie getarnte Verwendung von Hauptkassierergeldern ist nicht diskussionsfähig. Hauptamtliche Kassierung wird nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen rentierbar sein. In allen Fällen gilt es, den Endzweck sicherzustellen. Teilung von Kassiererbezirken kann in vielen Fällen ein gutes Hilfsmittel sein, um die in der Regel unentgeltliche seitherige Arbeit eines einzelnen durch zwei erträglicher zu machen. Wo besondere Beiträge für diese Zwecke geleistet werden, ist es selbstverständlich, daß jeder, den nicht die Not entschuldigt, auch diesen Beitrag zugunsten des Einkassierers entrichtet. Auch gegenseitiges etwas In-die-Hand-arbeiten kann manchen Weg ersparen. Man trifft sich an den Stempelstellen, man geht am Haus des Kassierers vorbei, in ländlichen Gebieten trifft man sich am Sonntag vor der Kirche, da ist es Kollegialität, nicht darauf zu bestehen, daß man die Zeitung oder die Karte ins Haus gebracht bekommt. Kurz und gut, es gibt eine Reihe kleiner

**Am 15. Oktober 1932 ist der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.**

Mittel, die die Erschwerungen der Jetztzeit erträglich machen können. Bei den Verwaltungsstellen- und Ortsgruppenleitungen muß eine gewisse Zindigkeit vorhanden sein, entsprechend den örtlichen Bedürfnissen solche Möglichkeiten zu organisieren und in jeder Weise für den inneren Zusammenhalt zu wirken.

Zusammenkünfte zu Vertrauensmännerbesprechungen in Privatwohnungen sind heute bereits in vielen Gegenden üblich. Man kann da wechseln, um die Kosten für den Gastgeber zu verteilen und auch Wegentfernungen für den einzelnen erträglicher zu machen. Wenn wir aber Jubilare zu ehren haben, dann wollen wir möglichst von zu eng gehaltenen Veranstaltungsorten absehen. Die gewerkschaftliche Treue hat das moralische Recht, auch öffentlich gehört zu werden. Es gibt da auch Mittel und Wege, um zeitbedingten und sachlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Die Gründerjahre der Gewerkschaftsbewegung und die Führer der ersten Zeit sollen in der heutigen Zeit und in den Gewerkschaftlern von heute keine kleinen Nachfolger finden!

**Rundschau**

**Die evangelischen Arbeitervereine verurteilen die Regierungsmaßnahmen**

Eine Anfang Oktober stattgefundene Führertagung der evgl. Arbeitervereine befaßte sich eingehend mit den „sozialpolitischen“ Maßnahmen der Reichsregierung. Sie legte ein warmes Bekenntnis zur Not der Arbeiterchaft, insbesondere der Jugend ab. Der freiwillige Arbeitsdienst wurde begrüßt. Zu der von der Reichsregierung betonten Gesamteinstellung, mit christlichen und sittlichen Kräften das Volksleben neu zu gestalten, wird abschließend gesagt:

Dieser christlichen Grundhaltung entspricht Recht und Gerechtigkeit gegenüber jedem Staatsbürger, gleich welchen Standes, auf allen Gebieten, nicht zuletzt auf dem sozialen. Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß diejen Grundfähen gemäß bei den Maßnahmen der letzten Zeit nicht immer gehandelt worden ist.

Beschäftigungsprämien für Unternehmungen müssen deshalb von der Arbeitnehmerschaft als ein Unrecht empfunden werden, weil sie zugleich mit einer erneuten Kürzung der an sich niedrigen Löhne verbunden sind; zudem treffen die Arbeitnehmerschaft die in der letzten Zeit eingeleiteten Steuern (Salzsteuer, Bürgersteuer) besonders, während sie an den Steuererleichterungen in keiner Weise beteiligt ist.

Ueber „wohlerworbene Rechte“ der Rentenbezieher der Sozialversicherung wurde durch Streichungen und Kür-

**Für die Frauen**

**Kinderfreude — Mutteraufgabe**

Die Schatten der Wirtschaftskrise fallen natürlich am stärksten auf die Urzelle der Gemeinschaft, die Familie. Wo wirtschaftliche Not, sei es durch zu geringe Entlohnung, sei es durch die Arbeitslosigkeit, das Familienleben beeinträchtigt, stellen sich gewisse Reibungen selbst bei bestmeinendsten Menschen ein. Hier vorzubeugen, abzubiegen, ist die große pädagogische Aufgabe der Hausfrau und Mutter. Sie muß den Mann und die erwachsenen Kinder, denen Arbeitslosigkeit oder geringe Entlohnung ihrer Tätigkeit das seelische Gleichgewicht raubt, unbemerkt wieder in „Form“ bringen. Daneben obliegt ihr noch mehr als in ausgeglicheneren Zeiten die körperliche und geistige Betreuung der heranwachsenden Kinder.

Es ist etwas Schönes um eine Familie, wo die Kinder sich, wie Küchlein um die Henne, um die Mutter scharen. Das spricht von gebender und nehmender Liebe beiderseits. Es ist etwas entsetzlich Trauriges, wenn Menschen im Kindesalter zur Mutter kein richtiges inneres Verhältnis finden, wenn Mütter und schließlich Väter die düsteren Kellerblumen des jungen Daseins sind. Da fehlt etwas!

Die Mutter von Arbeiterkindern hatte es schon in Zeiten, wo der Verdienst regelmäßig einkommt, nicht leicht, alle notwendigen Bedürfnisse für Ernährung und Bekleidung zu befriedigen. Manches muß der eigenen Absicht und dem kindlichen Fördern und Bitten verjagt bleiben. In manchem Verjagtem können trotzdem ein größerer sittlicher Wert liegen, Selbstzucht und Genügsamkeit. Anpassung an die Gegebenheiten des Lebens werden rechtzeitig geweckt. Die Grenzen sind allerdings sehr eng; jenseits derselben kann sehr bald harte Not mit gesundheitlichen und seelischen Auswirkungen liegen.

Freude ist das Lebenselement der Jugend, ist die Würze des Tages. Es ist für die meisten Mütter in der heutigen Zeit bestimmt nicht leicht, aus frohem Herzen Frohsinn wiederzugeben; und doch werden sie sich zwingen müssen. Zur Freude kann man sich nicht zwingen, aber doch zur Selbstbeherrschung. Zwischen der Notwendigkeit, die Kinder rechtzeitig mit den harten Tatsachen des Lebens vertraut zu machen, und zwischen einer verbitterten Lebensbetrachtung liegt ein weiter Raum. Sieht die Mutter ihre gemütsbildenden Aufgaben richtig, dann wird sie sich nicht unter den Gefühlen des Zwanges, sondern ihrer hohen Aufgabe zur Freude mit dem Kind aufschwingen. Dann wird sie sich in den jeweiligen Denkbereich des Kindes hineinversetzen und wird ihm hier Anregerin und geistige Gespielin und später Kameradin sein. Sie wird Freude vermitteln, sie wird damit die Grundlage für das später so notwendige ausgeglichene Lebensgefühl schaffen. Sie wird aber auch selbst wieder ausgeglichen, und für ihre Aufgaben auch dem Mann und den erwachsenen Kindern seelische Helferin zu sein, neu gestärkt.

Die Frau und Mutter hat in dieser Notzeit eine doppelte schwere Aufgabe. Sie soll mit wenig Geld den körperlichen Bedürfnissen gerecht werden, sie muß — oft wohl mit wehem Herzen — auch geistige Ausgleich und Güter vermitteln. Sie wird es können, wenn sie ihre Aufgaben im Sinne christlicher Mutterpflichten sieht. Sie wird den großen Lohn haben, Menschen über Krisenzeiten des Lebens hinweggeholfen zu haben.

**Dem Mutigen gehört die Welt**

Eine alte Erfahrungstatsache ist die: Wer sich elender Knechtschaft erwehren will, um sein Leben freier zu gestalten, wer üble Anfeindungen abweisen muß, um zu seinem guten Rechte zu kommen, der muß kämpfen mit größter Entschlossenheit. Zumeist steht einer in solchen Kämpfen allein, auf seine eigene Kraft, die Selbsthilfe, angewiesen. Zur Selbsthilfe aber gehört ausdauernder Mut, weil sie nicht mit Riesenschritten zum Ziele führt. Die Gegner verbauen ihr zu sehr den Weg. Es findet ein jeder von ihnen, in des andern Kerbe zu schlagen, billiges Werkzeug.

Man wird bekämpft finden, daß diese alte Regel noch wie vordem gilt. Zum Beispiel sehen wir Arbeitnehmer da. Wir werden für unsere Arbeit entlohnt, solange wir wirklich Arbeit haben. Aber der Lohn reicht nicht hin, um alles Nötige zu beschaffen. Die ungesicherte Zukunft steht drohend vor uns. Hier kann die Selbsthilfe der einzelnen nichts nützen. Aber vereint können wir Arbeitnehmer Selbsthilfe üben. Die Lohnfrage von der Gewerkschaft her, die Frage der Preise von der Genossenschaft, dem Konsum aus, angreifen.

Der Weg, diesen Willen in die Tat umzusetzen, ist eben heute ein sehr beschwerlicher. Überall lauern Ränke und Hemmnisse, die versuchen, uns unser Zielstreben zu verleiden, ja sogar es zu beenden. Wir wehren uns dessen mit allen Mitteln, um so mehr, je heftiger die Angriffe gegen unser gerechtes Streben werden. Indem sie uns bekämpfen, gestehen unsere Gegner ein, daß wir etwas Rechtes zuwege gebracht haben, das weiterzuerkämpfen sich der Mühe lohnt. Wer immer zu eben solcher Selbsthilfe greift, muß sich dessen bewußt sein: So fest wir uns das Ziel setzen, so groß muß der Mut, so sicher wird auch der Lohn sein! Cilli Keunecke, Köln.

**Das Briefgeheimnis**

Die Auffassung, daß die Ehefrau berechtigt ist, die Briefe des Mannes oder auch der erwachsenen Kinder zu öffnen, ist weit verbreitet. Und doch ist sie in diesem Umfange falsch. In der Regel wird es in einer ausgeglichenen Familie über diesen Punkt keinen Streit geben. Ohne falsche Heimlichkeiten zu haben, kann es aber doch Fälle geben, wo der einzelne Familienangehörige Wert auf das Briefgeheimnis legt. In diesem Falle muß gewußt werden, daß der durch die Anschrift deutlich erkennbare Brief ausschließlich Eigentum des Adressaten ist und daß alle Rechte über diesen Brief von ihm in klarer Form abgetreten werden müssen. Jede andere Aneignung eines Briefes ist unerlaubt.

Aus einer wiederholt erfolgten und mit keiner Einschränkung belasteten Zustimmung zur Öffnung von Briefen kann ein Gewohnheitsrecht hergeleitet werden. Dieses erlischt aber mit dem Moment, wo der andere Teil durch eine Äußerung seinen Unwillen mit dem seitherigen Zustand zu erkennen gibt. Wenn auch für den „Rechtsfall“ des Briefgeheimnisses sehr stark das Sprichwort gilt, „wo kein Kläger, da ist auch kein Richter“, so gilt doch andererseits auch die alte Erfahrung, daß der Friede immer dann am besten gewahrt ist, wenn man menschliche Eigenheiten respektiert. — Das Briefgeheimnis ist auch durch die Reichsverfassung vom 11. August 1919 ausdrücklich geschützt.

jungem hinweggegangen. Wir halten es einfach für ein Unrecht, daß bei der Arbeitslosenversicherung auf der Beitragsseite der Versicherungscharakter gewahrt bleibt, während auf der Leistungsseite eine auf subjektive Verhältnisse aufgebaute Fürsorge eingeführt wird. Zudem wird der gesunde Spartrieb und Eigentumsgehalt gefährlich untergraben, und es werden wichtige sittliche Werte ertötet.

Im Blick auf die Zukunft unseres Volkes und besonders angesichts des beginnenden schweren Winters erwarten wir dringend, daß die Staatsführung bei den weiteren Maßnahmen alles tut, was eine allgemeine politische und soziale Befriedung herbeizuführen geeignet ist. Wir haben von jeher notwendige Reformen, unter Umständen auch die Zweckmäßigkeit eines organischen Umbaus der Sozialversicherung anerkannt. Wir sind aber mit der gesamten deutschen Arbeitnehmerbewegung eins in der Forderung, daß die Grundlagen sozialen Schutzes und sozialen Rechts unter allen Umständen und gerade in der Zeit der Not erhalten bleiben. Nur dann scheint uns der Weg zu einem einigen und freien Volk klar und offen zu sein.

**Ein Manneswort**

Gelegentlich einer Jubiläumsfeier der christlichen Gewerkschaften in Paderborn erhielten diese vom Erzbischof Dr. Klein ein Glückwunschschreiben, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Meine Stellungnahme zu den christlichen Gewerkschaften, und zwar als Förderer derselben, ist genügend bekannt, so daß ich sie bei dieser Gelegenheit nicht aufs neue darzulegen habe. Mein Jubiläumswunsch gilt besonders in den Worten: Möge es den christlichen Gewerkschaften in den harten Kämpfen der Gegenwart gelingen, durch entschiedenes Eintreten für die in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ enthaltenen klaren Prinzipien, insbesondere für soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe, das trübe wirtschaftliche Weltbild zu erhellen, und für die Vinderung und Hebung der Wirtschaftsnot und der damit eng verbundenen seelischen Not ungezählter Brüder und Schwestern Fundamente zu legen oder zu verstärken.“

**Die unsichtbare Arbeitslosigkeit**

Wenn man die Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes liest, bekommt man den Eindruck, als ginge die Arbeitslosigkeit ständig zurück. Das aber ist eine grobe Irreführung und Selbsttäuschung, dadurch hervorgerufen, daß durch die Juni-Motverordnung der Papenregierung eine große Zahl von Erwerbslosen aus den Arbeitsämtern verschwanden und nun ganz auf der Straße liegen. Während für Juli die amtliche Erwerbslosenziffer auf 5,3 Millionen lautet, waren es nach einer Berechnung des Konjunkturforschungsinstitutes tatsächlich 7,16 Millionen, also fast 2 Millionen mehr. Von diesen 7,16 Millionen werden nur noch 0,69 Millionen unterstützt, 1,3 Millionen waren in der Kriegsjürsorge und 2,45 Millionen in der Wohlfahrt. Das sind fürchterliche Zahlen, die im grellen Gegensatz zu den Behauptungen reaktionärer Schatzmacher stehen, die Erwerbslosen seien arbeitsfähige Staatsrentner. Die Behauptungen, die Verordnungen vom 14. Juni und 4. September führten zu einer Besserung der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft, sind Trugschlüsse. Jeder Vaterlandsfreund und sozial Sinnliche würde gern den Erfolg bezagen. In Wirklichkeit führen diese Maßnahmen zu schwersten gesundheitlichen Schäden und staatsverneinender Gespannung. Dr. Eisenhart wird auch heute noch als ein sonderbarer Heiliger „verehrt“.

**Industrielle Umschichtung**

Das rheinisch-westfälische Industriegebiet hat im Laufe der letzten 60 Jahre eine Aufwärtsentwicklung erlebt, die nicht leicht ein Beispiel neben sich hat. Diese Entwicklung ist aus vielfältigen Gründen ebenjochnell zum Abschluß gekommen: eine starke Rückwärtsbewegung hat eingeleitet. Das Gebiet bekommt seine typische Prägung durch den Bergbau und in einer Anzahl von Revieren daneben durch die Großindustrie. Im Bergbau war der Höchstbestand der Beschäftigten einmal bei 400.000. Durch die Rationalisierung und den Absatzmangel ist ein katastrophaler Rückgang eingetreten. Ende August dieses Jahres waren nur noch 196.690 Bergarbeiter in Beschäftigung. Seit dem Jahre 1930 sind allein 186.577 Bergarbeiter abgebaut, in 2½ Jahren also beinahe soviel wie heute noch beschäftigt werden. Regional steht die Entwicklung so, daß die südlichen und südöstlichen Bereiche des Gebietes außerordentlich stark in der Kohलगewinnung zurückgegangen sind, teilweise ist diese ganz eingestell. Auch in den mittleren Gebieten erfolgte eine wesentliche Einschränkung. Geringer ist der Rückgang im nördlichen und östlichen Industriegebiet sowie am nördlichen Niederrhein. Zur Zeit warten 120.000 arbeitslose Bergarbeiter in diesem Gebiet auf Beschäftigungsgelagenheit.

**Erneute Bargeldverteilung durch die G. d. F.**

Bekanntlich hat seit Jahren die älteste und größte Bauparlasse Deutschlands, die Gewerkschaft der Freunde Kaiserros in Ludwigslust in jedem Vierteljahr Bargeldverteilungen an ihre Bauparlater vorgenommen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage hat sie bis in die heutige Zeit hinein die Verteilungen vierteljährlich wiederholt. Die Verteilungen liegen auch stets etwa in der gleichen Höhe. Sie schwanken zwischen 3½ und 5 Millionen Mark. Bei der Verteilung Ende September wurden 4.374.000,— RM an 553 Bauparlater verteilt, damit erreicht die Verteilung der G. d. F. in Deutschland und Österreich in den wenigen Jahren ihres Bestehens insgesamt 196.413.257,— RM, die an 13.200 Bauparlater zur Verteilung gelangten. Das ist eine besonders in der heutigen Zeit hoch anzuerkennende Leistung und beweist die Vertrauenswürdigkeit dieses bedeutenden Unternehmens. Die christlichen Gewerkschaften leben mit anderen bedeutenden Organisationen mit dieser Bauparlasse in

einem Freundschaftsverhältnis und empfehlen ihren Mitgliedern und Freunden, die einen Bauparlatervertrag abschließen wollen, dies bei der G. d. F. zu tun.

**Auch noch zu hoch . . .**

Wir haben im Vorjahre wiederholt Entscheidungen des Reichsarbeitsministers beantragt, die die Allgemeinverbindlichkeit von Löhnen ablehnten, „weil diese wegen ihrer Höhe Aufsteigenden auf dem Wege der gesetzlichen Bindung nicht auferlegt werden könnten.“ Unter dem neuen System wird es noch munterer. Ein Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter fand, trotzdem die landwirtschaftlichen Arbeitgeber sicher schon gepreßt hatten, was möglich war, im Reichsarbeitsministerium keine Gnade. Der ablehnende Bescheid lautet wie folgt:

„Von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohnsartiffs habe ich zunächst abgesehen, da mir der Wochenlohn von 10,20 Mark in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint, um ihn Dritten aufzuerlegen. Im Falle einer Verringerung des Lohnsatzes würde ich meine Bedenken fallen lassen.“

Mit solchen Entscheidungen zerstört man gründlich . . .

**Die Fridericus — die Syndicus**

Der Preußenkönig Friedrich der Zweite, der von 1740 bis 1786 regierte und durch die zähe Verteidigung Schlesiens in drei Kriegen für Preußen einen großen Machtzuwachs erzielte, danach aber auch im Frieden durch Bodenverbesserung und Inzentualisation, sowie eine sparsame Verwaltung seinem Lande diente, ist in der Nachkriegszeit mit mehr oder minder geschmackvollen Methoden zu einem großen Nationalheiligen gestempelt worden. Es ist nicht ohne Reiz, daß alle die Kreise, die politisch und sozial nach rückwärts drängen, bei dem Alten von Potsdam geistige Anleihen zu machen versuchen. Da erscheint es angebracht, folgende historische Erinnerung aufzuführen:

„1786. Die Zeiten sind schlecht. Gehaltsabbau scheint notwendig. Einer der Räte des Königs hat diesem einen Antrag unterbreitet, nach dem den Arbeitern der Königl. Tabakfabrik der Lohn um ein Viertel gekürzt werden sollte. Daraus wurde dem Rat folgende Kabinettsorder zuteil:

„Ich danke dem Herrn Rath für seine gute Gesinnung und seinen ökonomischen Rath, finde aber denselben umso weniger acceptable, da die armen Fabrikarbeiter ohnehin nur kümmerlich leben müssen und ihre Kräfte bei den theuren Lebensmitteln vollends zusehen. Indessen will ich doch seinen Rath und die darin bemerkte gute Gesinnung annehmen, und jenem Vorschlag an ihm selbst zur Ausführung bringen.“

Demzufolge werden ihm von nun an jährlich 1000 Reichstaler am Tractamente abgezogen, mit dem Vorbehalt, daß er sich übers Jahr wieder melden und mir berichten kann, ob dieser Etat und Abzug seiner eigenen häuslichen Einrichtung vortheilhaft oder schädlich sey. Im ersten Fall will ich ihm von jeher ohnehin so großen als unverdienten Tractamente von 4000 Reichsthaler auf die Hälfte heruntersetzen und bey dieser seiner Beruhigung seiner patriotische als ökonomische Gesinnung loben und auch bei anderen, die sich diejerhalb melden werden, diese Verfügung in Application bringen.“

Potsdam, den 29. Juni 1786. Friedrich.“

Wäre nicht eine gleiche Antwort von höchster Stelle auf die Anträge der Minister vom Herrenklub, die in den letzten Notverordnungen verwirklicht sind, am Platze gewesen? Bestimmt herrschte vor 150 Jahren an höchster Stelle im Staate mehr soziales Verständnis wie heute, wo angeblich der staatl. Schutz der menschlichen Arbeitskraft die sittlichen, moralischen Kräfte des Volkes gefährden soll.

Der derzeitigen Reichsregierung werden solche sentimentalischen Erwägungen des Alten Friz wohl etwas veraltet vorkommen, ihre staats- und wirtschaftspolitischen Rezepte sind anderer Art. Die Fridericus — die Syndicus!

**Deutschlands Eierversorgung**

Vom Institut für Konjunkturforschung ist vor kurzem eine Sonderchrift „Verbrauchereinkommen und Landwirtschaft“ veröffentlicht worden, in der eine interessante Schätzung über Produktion, Einfuhrüberschuß und Verbrauch von Eiern für die Jahre 1927 bis 1931 wiedergegeben ist. Die heimische Eierproduktion ist von 4,51 Milliarden Stück im Jahre 1927 auf 5,36 Milliarden Stück im Jahre 1931 gestiegen. Es zeigt sich, daß einer wachsenden heimischen Eierproduktion ein sinkender Einfuhrüberschuß gegenübersteht, so daß beispielsweise im letztvergangenen Jahre 1931 die heimische Produktion mehr als doppelt so groß war als der Einfuhrüberschuß. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung umgerechnet betrug der Eierverzehr:

1927	117 Stück	1930	131 Stück
1928	123 Stück	1931	121 Stück
1929	126 Stück		

Der Gesamtverbrauch Deutschlands an Eiern stellte sich im Jahre 1927 auf 7,37 Milliarden Stück. Im Jahre 1930 erreichte der Verbrauch mit 8,41 Milliarden Stück seinen höchsten Stand, um 1931 wieder auf 7,85 Milliarden Stück zu sinken.

**Falsch verbunden**

Der „Vorwärts“ hat schon des öfteren fromme Wünsche in Tatsachen umgedeutet. Er hat sich dabei noch stets als schlichter Prophet erwiesen. So, wenn er beispielsweise die harte Sprache des Düsselborjer christlichen Gewerkschaftskongresses gegen die soziale Reaktion als Entwicklung zum sozialistischen Ideenzirkel ansieht (Nr. 47 vom 22. September 1932). „Es gäbe“, so meint er, „zwischen einem christlichen Arbeiter und einem freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Praxis

Differenzen überhaupt nicht mehr.“ Der „Vorwärts“ behauptet hier den Fehler vieler bürgerlicher Kreise, die auch jedes Einsehen für gerechte Arbeiterforderungen mit marxistischem Sozialismus verwechseln. In der entschlossenen Abwehr volksfeindlicher, antisozialer Tendenzen haben sich die christlichen Gewerkschaften noch nie von jemand, auch nicht vom Sozialismus übertreffen lassen. Sie schöpfen hierbei aus den tiefsten Quellen christlicher Soziallehre. Hier liegt auch ihr unüberbrückbarer Gegensatz zum marxistischen Sozialismus, der genau so materialistisch ist wie die Klassenkämpfer von oben. Die unterschiedlichsten Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsform waren stets die christlichen Gewerkschaften, weil sie am weitesten von ihr getrennt waren, während man in der letzten Fundamentierung zwischen Sozialismus und Kapitalismus kaum einen Unterschied wahrnehmen kann.

Umgekehrt wird also aus der „Beweisführung“ des „Vorwärts“ ein Schuh! Die Annäherung, die der „Vorwärts“ sieht, kann nur in einem Zurückfinden der irrigen wirklichkeitsfremden Ideen des Sozialismus zu der wirklichkeitsgebundenen christlich-sozialen Ideenwelt bestehen. Eine solche Entwicklung ist offensichtlich vorhanden, nur ist der „Vorwärts“ falsch verbunden.

**Aus dem Verbandsleben**

**Ubenberg:** Trotz der wirtschaftlichen Not konnten wir im vorigen Monat eine ziemlich gut besuchte Versammlung abhalten. Die Angehörigen unserer Ortsgruppe sind beinahe alle arbeitslos. Entsprechend den Zeitverhältnissen hielten wir eine schlichte Feier ab, die der Ehrung unseres Kollegen Karl Wiprecht galt, der auf 25-jährige Verbandzugehörigkeit zurückzusehen kann. Kollege Schardt-Nürnberg überbrachte dem Jubilar Diplom und Silbernadel mit den Glückwünschen des Hauptvorstandes. Sinngemäße Schlussfolgerungen für uns alle, insbesondere für die Jugend, wurden bei diesem Anlaß gezogen.

In der darauffolgenden Versammlung mußten wir uns leider mit einer traurigen Tatsache befassen. Sie galt der Ehrung unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedeburg. Kollege Schardt-Nürnberg zeichnete ein Lebensbild des Verewigten. Die Ehrung endete in dem stillen Gelöbniß, unentwegt im Sinne des Verstorbenen für unseren Berufsstand weiter zu arbeiten. — Die Voraussetzungen und Sätze der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fanden eine eingehende Behandlung. Die Aufnahme eines Jungkollegen beweist, daß auch in der Krisenzeit neuer Boden gewonnen werden kann.

**Paderborn.** Der wirtschaftspolitische Gegenspieler, der mit ehrenhaften Waffen kämpft, ist stets unserer Achtung gewürdig. Der Unbezwingler Tod schaffte den letzten sozialen Ausgleich. Am 26. September d. J. starb der Maurermeister Bernard Kruse im Alter von 82 Jahren. Derselbe war lange Jahre Vorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Baugewerksverbandes, Ortsgruppe Paderborn, gleichzeitig lange Jahre Vorsitzender der Schlichtungskommission für das Baugewerbe. Wenn Herr Kruse auch sehr stark für die Interessen der Arbeitgeber eintrat, so kann ebenso festgestellt werden, daß er den Tarifvertrag stets streng hochgehalten hat. Dieses wollen wir ihm dankend anerkennen. Er war auch gleichzeitig Vorsitzender der Bauhandwerker-Innungskrankenkasse und er hat auch diese Stelle ausgefüllt in sozialer Art und Weise. Bei der Paderborner Bauarbeiterzunft wird Herr Kruse in einem ehrenden Andenken bleiben.

**Sterbetafel**

Am 1. Oktober starb infolge Lungenentzündung unser treuer Kollege, der Fliesenleger Willi Reinhardt aus Brügge im jugendlichen Alter von 17 Jahren. Ortsgruppe Lüdenscheid.

Infolge eines Motorradunfalles verstarb plötzlich unser lieber Kollege, der Bauhilfsarbeiter Paul Hahne, im Alter von 27 Jahren.

Verwaltungsstelle Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

Möbel-Kamerling  
N. Kastanienallee 56,  
Ecke Fehrbellinerstr.  
Speise-, Schlaf-, Her-  
renzimm., Küchen, Zu-  
rückgenom. Zim. u.  
Pr. Polier-, Beiz. u.  
Polstermöb.-Werkst.  
Kassa u. Teilzahlung.

Lesst den  
„Deutschen“

Alles billiger!  
Wesentlich gratis.  
Bestfalls Bezugs-  
wegen i. West. 132.

Die deutsche Weltmarke

**VAUEN**



**Gesundheitspfeife  
Dr. Perl**

Schonat Zunge, Hals und Lunge  
Wählen Sie Nachahmungen zurück.  
Zeitgemäße Preise von 1.50 RM. an  
Gratis interessantes Buch für  
„Pfeifenraucher“ von VAUEN A.-G.  
Nürnberg - S 106

**Über 10000 Familien**  
besitzen seit Jahren unsere billigen Schuhe  
Kinderstiefel Gr. 27/35  
Kleiderstiefel über Kleiderstiefel **4.50**  
Besuchen Sie kostenlos den  
unser reichhaltigen Produktkatalog  
Gerade: Umkle- oder Och. prüf.  
**Deutsch-Amerik-Schuhe**  
Nürnberg P 12 Rosenstraße 11